

EUR/ICP/EHCO 02 02 05/19
10009 – 15. Juli 1999

BERICHT
DRITTE MINISTERKONFERENZ
UMWELT UND GESUNDHEIT
LONDON, 16.–18. JUNI 1999

Titelbild: Katarzyna Ostrowska, 13 Jahre, Grodków, Polen.
Ihre Schule gehört dem Europäischen Netzwerk Gesundheitsfördernde Schulen an, einem Gemeinschaftsprojekt der Europäischen Kommission, des Europarats und des WHO-Regionalbüros für Europa.

GESUNDHEIT21 EUROPÄISCHES ZIEL 9
VERRINGERUNG VON AUF GEWALTEINWIRKUNG UND UNFÄLLE
ZURÜCKZUFÜHRENDEN VERLETZUNGEN*

Bis zum Jahr 2020 sollte es einen signifikanten und nachhaltigen Rückgang der Verletzungen, Behinderungen und Todesfälle infolge von Unfällen und Gewalt in der Region geben.

**Vom WHO-Regionalkomitee für Europa auf seiner achtundvierzigsten Tagung in Kopenhagen im September 1998 verabschiedet.*

GESUNDHEIT21 EUROPÄISCHES ZIEL 10
EINE GESUNDE UND SICHERE NATÜRLICHE UMWELT*

Bis zum Jahr 2015 sollte die Bevölkerung der Region in einer mehr Sicherheit bietenden natürlichen Umwelt leben, in der die Exposition gegenüber gesundheitsgefährdenden Schadstoffen die international vereinbarten Standards nicht übersteigt.

**Vom WHO-Regionalkomitee für Europa auf seiner achtundvierzigsten Tagung in Kopenhagen im September 1998 verabschiedet.*

GESUNDHEIT21 EUROPÄISCHES ZIEL 11
GESÜNDER LEBEN*

Bis zum Jahr 2015 sollten sich die Menschen in allen Gesellschaftsschichten für gesündere Lebensgewohnheiten entschieden haben.

**Vom WHO-Regionalkomitee für Europa auf seiner achtundvierzigsten Tagung in Kopenhagen im September 1998 verabschiedet.*

ZUSAMMENFASSUNG

Das Dokument enthält den Bericht über die Dritte Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit, die vom 16. bis 18. Juni 1999 in London, Vereinigtes Königreich, stattfand. Die wichtigsten Diskussionen und Beschlüsse werden ergänzend zu den Arbeitspapieren der Konferenz (insbesondere der Erklärung von London, in der sich die Länder auf künftige Maßnahmen geeinigt haben) zusammenfassend wiedergegeben. Die Konferenz stand unter dem Motto „Partnerschaftliches Handeln“. Der vorliegende Bericht zeigt, daß in den einzelnen Sitzungen starkes Gewicht auf die Umsetzung von Plänen und auf intersektorale Zusammenarbeit als Instrument zur Verwirklichung dieser Vorhaben gelegt wurde. Die Konferenzteilnehmer nahmen drei Dokumente an: die Erklärung von London, eine Charta Verkehr, Umwelt und Gesundheit sowie ein Protokoll über Wasser und Gesundheit. Die Teilnehmer begrüßten die Beteiligung von nichtstaatlichen Organisationen und ihre Parallelveranstaltung, das Forum Gesunder Planet. Das Mandat des Europäischen Ausschusses für Umwelt und Gesundheit wurde um weitere fünf Jahre verlängert, um die Koordinierung der von den Konferenzteilnehmern vereinbarten Maßnahmen zu ermöglichen.

Schlüsselwörter

ENVIRONMENTAL HEALTH – congresses
ENVIRONMENTAL POLICY
INTERSECTORAL COOPERATION
EUROPE

Ö Weltgesundheitsorganisation – 1999

Alle Rechte an diesem Dokument sind dem WHO-Regionalbüro für Europa vorbehalten. Es ist indessen ohne weiteres gestattet, das Dokument unter vollständiger Angabe der Quelle zu rezensieren, auszugsweise wiederzugeben, zu vervielfältigen oder in andere Sprachen zu übersetzen (sofern dies nicht zum Zwecke des Verkaufs oder im Zusammenhang mit anderen kommerziellen Zwecken geschieht). Das WHO-Emblem darf nicht ohne Genehmigung des WHO-Regionalbüros benutzt werden. Alle Übersetzungen sollten den Satz: *Der Übersetzer dieses Dokuments ist für die Genauigkeit der Übersetzung verantwortlich* enthalten. Das Regionalbüro bittet um Zusendung von drei Kopien jeder Übersetzung. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind ausschließlich die Autoren verantwortlich.



INHALT

	<i>Seite</i>
Einleitung.....	1
Konferenzprotokoll.....	1
Eröffnungssitzung.....	1
Umwelt und Gesundheit in Europa in den 90er Jahren: Sachstand.....	1
Verkehr, Umwelt und Gesundheit.....	2
Frühzeitige Auswirkungen der Klimaänderung und des Abbaus der stratosphärischen Ozonschicht auf die menschliche Gesundheit in Europa.....	2
Umwelt und Gesundheit: Forschung für Europa.....	3
Umwelt und Gesundheit aus wirtschaftlicher Sicht.....	3
Gesundheits-, Umwelt- und Sicherheitsmanagement in der Industrie und in anderen Unternehmen.....	3
Die Gesundheit von Kindern und die Umwelt.....	4
Zugang zu Informationen, Öffentlichkeitsbeteiligung und Zugang zu Gerichten in Umwelt- und Gesundheitsangelegenheiten.....	4
Wasser und Gesundheit.....	5
Lokale Prozesse für Maßnahmen im Bereich Umwelt und Gesundheit.....	5
Partnerschaftliche Umsetzung von nationalen Aktionsplänen für Umwelt und Gesundheit.....	6
„Partnerschaftliches Handeln“ – Podiumsdiskussion.....	6
WHO-Medienpreis „GESUNDHEIT 21“.....	7
Abschlußsitzung.....	7
Konferenzbeschlüsse.....	7
Anhang1: Programm der Dritten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit.....	9

Einleitung

Die Dritte Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit baute auf den Grundlagen der früheren regionalen Ministerkonferenzen von Frankfurt (1989) und Helsinki (1994) auf, die unter dem Motto „Konzepterarbeitung“ bzw. „Planung“ standen. Das Thema der Dritten Konferenz lautete „Partnerschaftliches Handeln“.

Die Konferenz hatte insgesamt 1146 Teilnehmer, darunter 73 Minister aus 54 Ländern, Vertreter von sieben Organen der Vereinten Nationen und elf internationalen Organisationen, eine Delegation von Vertretern nichtstaatlicher Organisationen (NGOs) und 186 Beobachter des parallel von den NGOs veranstalteten Forums Gesunder Planet.

Die Konferenzteilnehmer wählten Tessa Jowell (Ministerin für Gesundheit, Vereinigtes Königreich), Michael Meacher (Minister für Umwelt, Vereinigtes Königreich) und Lord Whitty of Camberwell (Parlamentarischer Staatssekretär für Umwelt, Verkehr und die Regionen, Vereinigtes Königreich) zu Ko-Präsidenten der Konferenz. Die Vorsitzenden der einzelnen Sitzungen sowie Professor Liam Donaldson (Leitender Medizinalbeamter, Vereinigtes Königreich) wurden zu Ko-Vizepräsidenten gewählt. Zum Richterstatter wählte man Dr. Alan Pintér (Ungarn).

Anhang 1 enthält das Programm der Konferenz, die Vorsitzenden der einzelnen Sitzungen und die Referenten.

Konferenzprotokoll

Eröffnungssitzung

Zu den Teilnehmern der Eröffnungssitzung sprachen Frank Dobson (im Namen der Regierung des Vereinigten Königreichs), Dr. Gro Harlem Brundtland (Generaldirektorin der WHO), Professor Klaus Töpfer (Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen – UNEP), Yves Berthelot (Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa – ECE), Dr. Jürgen Trittin (im Namen der Präsidentschaft der Europäischen Union), Victoria Elias (im Namen des Forums Gesunder Planet und der NGOs) und Dr. Jo Asvall (WHO-Regionaldirektor für Europa). Außerdem wurde eine Unterstützung seiner Königlichen Hoheit des Prinzen von Wales verlesen.

Umwelt und Gesundheit in Europa in den 90er Jahren: Sachstand

Die Referenten und mehrere Delegationen erklärten, es habe in den letzten zehn Jahren vor allem durch die Aufstellung nationaler Aktionspläne für Umwelt und Gesundheit (NEHAPs) und konkrete Fortschritte in einzelnen Ländern zwar verschiedentlich Verbesserungen gegeben, doch in vielen Ländern der Region sei auch eine Verschlechterung der Lage zu beobachten gewesen, und unterschiedliche Probleme wie Luftverschmutzung, unzulängliche Quantität und Qualität des Trinkwassers, Lebensmittelsicherheit, bewaffnete Auseinandersetzungen und Verkehr stellten in Europa weiterhin erhebliche gesundheitliche Belastungen dar. Besorgniserregend sei auch der offensichtliche Trend zu einer Ausweitung dieser Unterschiede.

Die Konferenzteilnehmer führten an, daß man als Grundlage für die Umsetzung und begleitende Überwachung der Politik und auch für die Kommunikation mit der Öffentlichkeit Informations- und Beurteilungssysteme weiterentwickeln müsse. Besonders besorgt zeigten sie sich über die großen Unterschiede im Niveau der in verschiedenen Teilen der Region bestehenden und mit dem Stand der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung verbundenen Umwelt- und Gesundheitsrisiken sowie angesichts des offensichtlichen Trends zur Zunahme dieser Unterschiede.

Verkehr, Umwelt und Gesundheit

Die Konferenzteilnehmer erkannten, daß die Gesellschaft von heute mobil sein muß und dies seinen Wert hat, zeigten sich jedoch besorgt darüber, daß die schädlichen Auswirkungen des Verkehrs auf Umwelt und Gesundheit zunehmen, weshalb sie umgehende Schritte für notwendig hielten, um diese Wirkungen möglichst abzumildern. Die Teilnehmer begrüßten die Charta Verkehr, Umwelt und Gesundheit als Rahmen für Maßnahmen wie die Verzahnung von gesundheitlichen Anliegen mit verkehrspolitischen Konzepten; für die Förderung der Zusammenarbeit zwischen allen interessierten Parteien, die Propagierung von mehr Bewegung durch Gehen und Fahrradfahren sowie die Internalisierung der verkehrsbedingten externen Kosten. Man nahm zur Kenntnis, daß integrierte Strategien auch die Möglichkeit eröffnen, den Autoverkehr einzuschränken und zugleich das Fahrradfahren, das Gehen und den Gebrauch öffentlicher Verkehrsmittel zu fördern. Man verwies zudem auf die Bemühungen, durch technische Fortschritte den Schadstoffausstoß von Kraftfahrzeugen zu verringern, und auf die Vorteile, die eine Verlagerung des Gütertransports von der Straße auf die Schiene mit sich bringen würde. Die Teilnehmer aus einigermittel- und osteuropäischen Ländern (MOE) und Nachfolgestaaten der Sowjetunion zeigten sich besonders besorgt über die Zunahme des Straßenverkehrs, der Verschmutzung und der Unfälle in ihren Ländern und erkannten an, daß es notwendig sei, den Import alter Kraftfahrzeuge zu begrenzen, schrittweise bleihaltiges Benzin abzuschaffen und alternative Treibstoffe einzuführen.

Um die Umsetzung des in der Charta enthaltenen Aktionsplans und die Erreichung der darin festgesetzten Ziele zu erleichtern, baten die Konferenzteilnehmer die WHO, Instrumente wie gesundheitliche und methodische Leitlinien für die Abschätzung und wirtschaftliche Bewertung gesundheitlicher Auswirkungen und für die Verlaufsbeobachtung zu entwickeln. Betont wurde, daß es wichtig sei, in Bereichen wie der Emission von ultrafeinen Partikeln die Forschung voranzutreiben. Die Konferenzteilnehmer wiesen darauf hin, daß der Europäischen Kommission eine wichtige Rolle zukomme und die Charta für die Länder, die sich um Aufnahme in die Europäische Union bemühen, nützlich sei.

Es wurde der Vorschlag gemacht, die Charta zu einem rechtlich bindenden internationalen Instrument weiter zu entwickeln, wobei allerdings auch angeführt wurde, daß es bereits verschiedene internationale Übereinkommen gebe und man darauf achten müsse, Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Die Konferenzteilnehmer einigten sich auf den endgültigen Wortlaut von Artikel 19 der Erklärung von London, um diesen Punkt voranzubringen.

Die Charta Verkehr, Umwelt und Gesundheit wurde einvernehmlich angenommen und von den Ko-Präsidenten sowie dem WHO-Regionaldirektor für Europa unterzeichnet.

Frühzeitige Auswirkungen der Klimaänderung und des Abbaus der stratosphärischen Ozonschicht auf die menschliche Gesundheit in Europa

Die Konferenzteilnehmer erkannten, daß die Veränderungen des globalen Klimasystems und der stratosphärischen Ozonschicht für Umwelt und Gesundheit eine Herausforderung darstellen. Ungeachtet aller Maßnahmen, die demnächst ergriffen würden, um diese Umweltveränderungen zu verringern oder ihnen Einhalt zu gebieten, werde die Menschheit in den kommenden Jahrzehnten bis zu einem gewissen Grad klimatischen Veränderungen und einer verstärkten ultravioletten Strahlung ausgesetzt sein. Die Mitgliedstaaten erkannten, daß man sich überlegen müsse, wie diese globalen Veränderungsprozesse die Gesundheit der europäischen Bevölkerungen beeinflussen würden, wie man Forschung und Verlaufsbeobachtung verbessern und die gesundheitsschädlichen Auswirkungen dieser Prozesse auf ein Mindestmaß beschränken könne. Man unterstrich, daß man auf der Grundlage des Vorsorgeprinzips handeln und dafür eintreten müsse, daß der Mensch eingreifen sollte, um die Treibhausgasemissionen zu verringern (Abschwächung), daß man bei diesen Bemühungen zugleich aber Überschneidungen vermeiden müsse. Die Delegierten begrüßten die Empfehlung, einen internationalen Verbund zu schaffen, in dem die in Rom angesiedelte Außenstelle des Europäischen WHO-Zentrums für Umwelt und Gesundheit (ECEH) eine Koordinationsfunktion übernehmen sollte. Die Mitgliedstaaten betonten, daß dieser Verbund die Aufgabe haben sollte,

Indikatoren für die Frühwirkungen auf die menschliche Gesundheit zu entwickeln, Präventions- und A
schwächungs- und Angleichungskonzepte (spontane oder geplante Reaktionen auf die Klimaänderung) zu
erarbeiten, dafür einzutreten und ihre Umsetzung begleitend zu überwachen und in diesem Bereich ko
krete Forschungsprioritäten zu ermitteln.

Umwelt und Gesundheit: Forschung für Europa

Die Konferenzteilnehmer betonten die Bedeutung von Grundforschung, strategischer und angewandter
Forschung (als Eckstein einer wirksamen programmatischen Entwicklung und Umsetzung) und die No
wendigkeit konzertierter Forschungsmaßnahmen, um in kritischen Problembereichen Verständnislücken
zu schließen. Die von der Europäischen Wissenschaftsstiftung (ESF), der Europäischen Kommission und
der WHO ergriffene Initiative zur Ermittlung des Forschungsbedarfs im Bereich Umwelt und Gesundheit
fand vorbehaltlose Unterstützung, wobei man die übernationale Zusammenarbeit und Koordination für
notwendig hielt, um eine wirksame und effiziente Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen zu gewährle
sten.

Vorgeschlagen wurde, der arbeitsmedizinischen Forschung, der Harmonisierung von methodischen Vo
gehensweisen und von Standards, der Aufmerksamkeit gegenüber neu auftauchenden Problemen, der E
arbeitung von Indikatoren und der detaillierten Ausarbeitung von Verfahren zur Risikoabschätzung mehr
Beachtung zu schenken. Die Konferenzteilnehmer unterstrichen, daß die Europäische Wissenschaftssti
tung, die WHO und die Europäische Kommission bei Forschungstätigkeiten und der Einsetzung einer
Task Force weiterhin zusammenarbeiten müßten. Die Gesundheits- und Umweltminister und gegebene
falls auch die Minister für Wissenschaft müßten in den Ländern gemeinsam an der Umsetzung der Fo
schungsempfehlungen arbeiten, und der Europäische Ausschuß für Umwelt und Gesundheit (EEHC)
müsse die Fortschritte begleitend verfolgen.

Umwelt und Gesundheit aus wirtschaftlicher Sicht

Die Konferenzteilnehmer erörterten die ungeheuren Kosten, die durch die Verschmutzung entstehen, und
nahmen zur Kenntnis, daß fiskalische Maßnahmen („Ökosteuern“) eine Internalisierung der Kosten und
die Verhütung von Verschmutzung ermöglichen. Man müsse in der Öffentlichkeit das Verständnis für
diese Ziele der Steuerpolitik fördern. Die Teilnehmer hielten die Rolle und die Ansichten der internati
onalen Finanzierungsinstitutionen für wichtig und unterstrichen, daß man die Märkte den Prioritäten der
menschlichen Gesundheit anpassen müsse. Die Länder, die sich auf marktwirtschaftliche Bedingungen
umstellten, müßten in der Lage sein, ihr Potential für eine Reform der Dienste im Bereich Umwelt und
Gesundheit so auszuschöpfen, daß eine bessere Leistungsfähigkeit und eine verstärkte Kosteneffizienz
dieser Dienste sichergestellt sei.

Die Teilnehmer betonten, daß es zwar wichtig sei, die mit der Umweltverschmutzung verbundenen und
sich auf die menschliche Gesundheit beziehenden Kosten zu berücksichtigen, meinten aber auch, daß es
schwierig sei, sie zu kalkulieren und angemessen in wirtschaftspolitische Maßnahmen einzubauen. Die
WHO sollte weitere, in diese Richtung zielende Bemühungen unterstützen. Die Konferenzteilnehmer
stellten sich hinter das Prinzip, daß der Verursacher die Kosten der Verschmutzung tragen müsse, wobei
sie daran erinnerten, daß es dabei eher um die Verhütung als die Beseitigung von Verschmutzung gehe,
und vorschlugen, daß die regulatorischen Systeme darauf abzielen sollten, sachgerechte Anreize dafür zu
schaffen, daß vor allem in den Ländern, die sich auf die Marktwirtschaft umstellen, die Industrie verstärkt
zur Verwirklichung dieser Zielsetzung beitragen könne.

Gesundheits-, Umwelt- und Sicherheitsmanagement in der Industrie und in anderen Unternehmen

Die Konferenzteilnehmer betonten, daß man mit harmonisierten Managementansätzen für den Schutz und
die Förderung der Gesundheit von Arbeitnehmern und der in Industriegebieten lebenden Menschen sorgen

und allgemein für den Schutz der Umwelt eintreten müsse. Viele Länder meldeten Fortschritte und berichteten von neuen Möglichkeiten (z. B. im Zuge der Einführung neuer Bestimmungen im Rahmen des Prozesses einer Angleichung an die Gesetze und Regeln der Europäischen Gemeinschaft oder der *acquis communautaire*“, verwiesen jedoch auch auf Bereiche, denen man mehr Aufmerksamkeit widmen müsse (z. B. dem Bedarf an verlässlicheren und vergleichbareren Daten). Andere Länder berichteten von Verschlechterungen, die dazu beitragen, die Schere der gesundheitlichen Ungleichheiten nur noch weiter zu öffnen. Die Konferenzteilnehmer stellten sich hinter die Notwendigkeit, in Unternehmen in Zusammenarbeit mit allen Partnern eine gute Praxis des Gesundheits-, Umwelt- und Sicherheitsmanagements (HESM) zu schaffen. Die Unternehmen seien bereit, bei der Anwendung harmonisierter Managementkonzepte zusammenzuarbeiten, und es sei deutlich, daß der Erfolg außerdem entscheidend davon abhängt, daß die Beschäftigten in den Prozeß einbezogen würden. Die NGO-Teilnehmer unterstrichen, daß sich die Unternehmen zu ihrer Verantwortung bekennen müßten, und verwiesen auf den einschlägigen Punkt in der Erklärung des Forums Gesunder Planet. Es wurde der Vorschlag gemacht, in einigen Ländern mit internationaler Koordination und Hilfe Pilotprojekte anzuregen.

Man merkte an, daß die WHO, die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) und andere Organisationen eng zusammenarbeiten müßten, um den Ländern bei der Entwicklung harmonisierter Prozesse zu helfen, die zu einer guten HESM-Praxis führen würden. Der neue EEHC müsse eine solche Zusammenarbeit fördernd fördern und sollte die Einsetzung einer Task Force in Erwägung ziehen. Der Delegierte von Polen versprach, ein Pilotprojekt zur Umsetzung einer guten HESM-Praxis ins Leben zu rufen.

Die Gesundheit von Kindern und die Umwelt

Die Konferenzteilnehmer betonten die Rechte von Kindern, erkannten ihre besondere Anfälligkeit und das Ausmaß der durch Passivrauchen, Asthma und Verletzungen verursachten gesundheitlichen Beeinträchtigungen von Kindern an und unterstrichen, daß man auf sich abzeichnende Probleme reagieren müsse.

Es wurde vorgeschlagen, der nächsten Konferenz *Umwelt und Gesundheit* den Schwerpunkt Kinder zu geben und die Ausarbeitung eines internationalen Instruments in diesem Bereich in Erwägung zu ziehen. Man forderte allgemein eine bessere Koordination unter den Organisationen und Programmen. Als Bildung betrachtete man als Schlüsselfaktor, weshalb Portugal vorschlug, ein Ausbildungsprogramm für den Bereich Umwelt und Gesundheit zu schaffen, an dem sich die WHO, die Europäische Kommission und das Europäische Netz der gesundheitsfördernden Schulen beteiligen sollten. Auch Chemikalien galten als wichtiger Problembereich, vor allem angesichts der Tatsache, daß man bei der Festsetzung von Grenzwerten die Anfälligkeit von Kindern berücksichtigen müsse.

Zugang zu Informationen, Öffentlichkeitsbeteiligung und Zugang zu Gerichten in Umwelt- und Gesundheitsangelegenheiten

Die Konferenzteilnehmer merkten an, daß diese Thematik und das ECE-Übereinkommen von 1998 über den Zugang zu Informationen, Öffentlichkeitsbeteiligung und Zugang zu Gerichten in Umwelt- und Gesundheitsangelegenheiten (die „Konvention von Århus“), das sie als Ausgangspunkt der Arbeit benutzten, sehr wichtig seien. Man betonte, daß die Länder dem Übereinkommen von Århus beitreten oder es ratifizieren und es vor allem umsetzen müßten. Stark unterstützt wurde der Vorschlag, die Prinzipien und Bestimmungen dieses Übereinkommens auf den gesundheitlichen Bereich auszudehnen.

Mehrere Länder unterstützten den Gedanken eines Protokolls zum Übereinkommen von Århus über die Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeitsprüfung, und die Thematik wurde als Diskussionsthema für die nächste Konferenz *Umwelt und Gesundheit* vorgeschlagen.

Wasser und Gesundheit

Die Konferenzteilnehmer stellten fest, daß die wasserbedingten Krankheiten in der Europäischen Region eine schwere Belastung darstellten und es in den Bereichen Wasserwirtschaft, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung dringend zu lösende Probleme gebe. Die Teilnehmer beschrieben die besondere Problemlage der Nachfolgestaaten der Sowjetunion, betonten die Bedeutung von Aus- und Fortbildung und die Notwendigkeit, Kommunen und Unternehmen in die Arbeit einzubeziehen und äußerten ihre Unterstützung für das konzeptionelle Rahmenkonzept, daß mit dem ECE-Übereinkommen von 1992 über den Schutz und die Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen und durch Grundsatzinstrumente der EU gegeben sei. Man betonte, daß das Protokoll über Wasser und Gesundheit wichtig sei und ihm als erste von WHO und ECE gemeinsam erarbeitete rechtlich bindende Maßnahme besondere Bedeutung zukomme.

Viele Länder brachten ihre starke Unterstützung für das Protokoll zum Ausdruck, äußerten die Erwartung, daß es sich als wirksames Instrument erweisen werde und schlugen praktische, dessen Umsetzung unterstützende Maßnahmen vor (z. B. die Ausarbeitung von Leitlinien, kompetenzbildende Maßnahmen und die Weitergabe von Informationen). Die Teilnehmer äußerten sich anerkennend über die Rolle, die der EEHC, die Tagung der Vertragsparteien zum Übereinkommen und die Regierung von Ungarn gespielt hätten und begrüßten Initiativen für Pilotprojekte zur Umsetzung des Protokolls, wobei man anmerkte, daß die Umsetzung in vielen Ländern umfassende finanzielle Unterstützung voraussetzen würde. Man bat die Sekretariate von WHO und ECE, ausgehend von den Programm- und Haushaltsbeschlüssen für den Zeitraum nach 1999, einen Arbeitsvertrag zwischen den beiden Organisationen abzuschließen. Die Konferenzteilnehmer nahmen die Pläne zur Kenntnis, die erste Tagung der Vertragsparteien zum Protokoll im Oktober 2000 abzuhalten und im Mai 2000 in der Russischen Föderation ein Seminar zum Thema nachhaltige Wasserwirtschaft und Gesundheit abzuhalten.

Die Konferenzteilnehmer verabschiedeten einvernehmlich das Protokoll über Wasser und Gesundheit. Es wurde von den folgenden Ländern unterzeichnet: Albanien, Armenien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Monaco, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Russische Föderation, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Zypern. Eine Reihe weiterer Länder erklärte ihre Bereitschaft, das Protokoll demnächst zu unterzeichnen.

Lokale Prozesse für Maßnahmen im Bereich Umwelt und Gesundheit

Die Konferenzteilnehmer betonten, daß man bürgernah handeln müsse, um nationalen Plänen wie den NEHAPs Wirkung zu verleihen. Einige Länder brauchten dafür externe finanzielle Unterstützung (beschrieben wurde, wie die Möglichkeiten für Subventionsanträge), andere hatten mit Maßnahmen auf örtlicher Ebene bereits umfassende Erfahrungen gesammelt, doch sogar diese Länder mußten noch sicherstellen, daß die verschiedenen Programme landesweit und örtlich koordiniert wurden. Gebührend hingewiesen wurde auf die Tatsache, daß es wichtig sei, die Bevölkerung vor Ort einzubeziehen, sich die politische Unterstützung zu sichern, das Verhalten und die Einstellungen der Menschen zu beeinflussen und die sozialen Dimensionen zu berücksichtigen. Man begrüßte das Hintergrunddokument *source book on implementing local environmental and health projects*.

Viele Delegationen unterstrichen, daß sie die Umsetzung auf örtlicher Ebene für sehr wichtig hielten und man die Gesundheit zum Kern des bürgernahen Umweltschutzes machen müsse, weshalb sie sich hinter die Gesunde-Städte-Bewegung stellten. Mehrere Länder meinten, ein Schwerpunkt der nächsten Phase in der Umsetzung von NEHAPs müßten die bürgernahen Maßnahmen sein. Verschiedentlich erklärte man sich bereit, international zusammenzuarbeiten, und einige der Länder, die sich auf die Marktwirtschaft umstellen, beschrieben die bisher gemachten Fortschritte, darunter den innovativen Einsatz wirtschaftlicher Instrumente für die Finanzierung von örtlichen Projekten und die Bemühungen um die Abminderung langfristiger Umweltschäden oder der durch bewaffnete Auseinandersetzungen verursachten Krisen. Von

seiten der Vertreter des Forums Gesunder Planet unterstrich man, daß bürgernahes Handeln für die NGOs und Bürgergruppierungen wichtig seien, und verwies auf eine von 126 Organisationen unterzeichnete Petition, in der dringend dazu aufgefordert wurde, die Bürger stärker in die Planung und Umsetzung von örtlichen Umwelt- und Gesundheitsprojekten einzubeziehen.

Partnerschaftliche Umsetzung von nationalen Aktionsplänen für Umwelt und Gesundheit

Viele Mitgliedstaaten erklärten, daß sie sich der Umsetzung von NEHAPs stark verpflichtet fühlten und die den Regierungen dabei zugewiesene Rolle (z. B. Mobilisierung der Akteure und begleitende Überwachung der Fortschritte) akzeptierten. Viele Länder hoben hervor, daß die NEHAPs einen wichtigen Beitrag zur Annahme und Durchsetzung des „*acquis communautaire*“ leisteten, wobei man gleichzeitig bemerkte, daß man die Kapazitäten der Umweltdienste ausbauen und die Qualifikationen der Gesundheitsfachkräfte verbessern müsse und dafür um internationale Unterstützung bitte. Es wurde unterstrichen, daß die International Federation of Environmental Health die wichtige Funktion zu erfüllen habe, die Qualifikationen der örtlichen Dienste für Umwelt und Gesundheit auf den neuesten Stand zu bringen. Empfänger- wie Geberländer erkannten an, daß die externe finanzielle Unterstützung für die Umsetzung von NEHAPs in einigen Ländern wichtig sei. Viele Delegationen betonten, daß man regional, teilregional und bilateral international zusammenarbeiten müsse, und wiesen darauf hin, wie wichtig es für die NEHAP-Task-Force und den EEHC sei, die Umsetzung von NEHAPs zu koordinieren und zu begleiten.

Zu den von den Ländern ausgesprochenen Verpflichtungen zählte, daß Usbekistan vorschlug, in Taschkent ein WHO-Projektbüro für die NEHAP-Umsetzung zu eröffnen, und sich erbot, als Gastgeber der zweiten NEHAP-Ministerkonferenz für die zentralasiatischen Republiken zu fungieren. Deutschland versprach seine fortgesetzte Unterstützung für die Arbeit des Robert-Koch-Instituts als WHO-Kooperationszentrum, wozu auch die Ausarbeitung eines *internationalen Glossars von Begriffen aus dem Bereich Umwelt und Gesundheit* gehöre. Die Vertreter der NGO-Kampagne für Öffentlichkeitsbeteiligung merkten an, daß das Übereinkommen für die NEHAP-Umsetzung nützlich sei, und schlugen eine paneuropäische Konferenz zum Thema Öffentlichkeitsbeteiligung an Aktionsplänen für Umwelt und Gesundheit vor. Die Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien bot sich an, im Jahr 2000 Gastgeber einer solchen Konferenz sein zu wollen. Malta erbot sich, als Gastgeber eines teilregionalen Zentrums für Tourismus, Umwelt und Gesundheit im Mittelmeerraum zu fungieren, und Slowenien kam mit dem Angebot, die Gastgeberschaft für ein gemeinsam von WHO und Europäischer Kommission betriebenes Zentrum für Umwelt und Gesundheit und den Beitritt zur Europäischen Union zu übernehmen.

„Partnerschaftliches Handeln“ – Podiumsdiskussion

Zwischen den Konferenzteilnehmern, einem Ministerpodium und NGO-Vertretern entspann sich eine lebhaft Diskussion. Dabei ging es schwerpunktmäßig um die Erwartungen, die sich mit der Konferenz verknüpften, um die Rolle des EEHC, um die Umsetzung des Protokolls über Wasser und Gesundheit und um die Tagesordnung für die nächste Konferenz *Umwelt und Gesundheit*.

Während dieser Sitzung diskutierte man auch die jüngste Lage auf dem Balkan. Von seiten der EU begrüßte man ausdrücklich, daß mit Verabschiedung von Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Lage im Kosovo und in den anderen betroffenen Gebieten der Bundesrepublik Jugoslawien die Voraussetzungen für die Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen und für eine politische Lösung geschaffen worden seien. Die EU sei der Auffassung, daß man nach Beendigung des militärischen Konflikts in Südosteuropa die durch diesen Konflikt bewirkten Umwelt- und Gesundheitsprobleme umgehend angehen müsse. Die EU wolle die Konferenzteilnehmer auf den Beschluß des Europäischen Rats vom 3.–4. Juni 1999 aufmerksam machen, wonach die EU in dieser Region eine wichtige Rolle spielen müsse. Die EU sei der Meinung, daß man jetzt sofort verlässliche und nachprüfbare Informationen erlangen müsse, die eine Beurteilung der Art und des Umfangs der Umwelt- und Gesundheitsfolgen ermöglichen, worauf man schnell zu ihrer Beseitigung schreiten müsse. Als besonders dringlich habe die Beseitigung von Umweltschäden zu gelten, die eine Bedrohung für die menschliche Gesundheit

darstellen könnten. Deshalb habe man bereits in der Phase der Schadenserfassung das Gefahrenpotential zu ermitteln und zu untersuchen. Die EU begrüße die Unterstützung, die man von der WHO, dem UNEP und anderen internationalen Organisationen bei diesem Prozeß erhalte. Die EU befürworte eine Unterstützung der Nachbarländer, vor allem Albanien und der Ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, die sich, weil sie die Flüchtlinge aus dem Kosovo aufgenommen hätten, mit erheblichen Problemen konfrontiert sähen.

Die Russische Föderation führte an, daß man eine internationale Beurteilung der Schäden für Umwelt und Gesundheit brauche und die entsprechende internationale Hilfe leisten müsse. Um künftig das Auftreten bewaffneter Auseinandersetzungen mit ihren unvermeidbaren Rückwirkungen auf die Umwelt und das Leben und die Gesundheit der Menschen zu verhindern, müßten die führenden Kräfte im Bereich Umwelt und Gesundheit in den europäischen Ländern sowie die internationalen und nichtstaatlichen Organisationen alle erdenklichen Schritte ergreifen, um die Politik ihrer Staats- und Regierungschefs hinsichtlich der Beilegung bewaffneter Auseinandersetzungen zu beeinflussen.

WHO-Medienpreis „GESUNDHEIT 21“

Man zeigte eine Reihe von Ausschnitten aus Filmen, die die Endrunde für diesen neuen, von der WHO ins Leben gerufenen Medienpreis erreicht hatten. Die Regisseure waren anwesend und nahmen ihren Preis aus der Hand von Dr. Jo Asvall (dem WHO-Regionaldirektor für Europa) entgegen. Der Siegerfilm wurde gezeigt.

Abschlußsitzung

Zum Abschluß der Konferenz sprachen Andrea Fischer (im Namen der Präsidentschaft der EU), Pádraig Flynn (Kommissar für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Beziehungen zum Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Kommission) und Tessa Jowell (im Namen der Regierung des Vereinigten Königreichs).

Konferenzbeschlüsse

Die Konferenzteilnehmer

- nahmen die Charta Verkehr, Umwelt und Gesundheit (Konferenzdokument EUR/ICP/EHCO 02 02 05/Rev. 4 vom 16. Juni 1999) an;
- nahmen die authentischen Texte des Protokolls über Wasser und Gesundheit zum Übereinkommen von 1992 über den Schutz und die Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen an, die den Teilnehmern vorlagen (Dokument MP.WAT/AC.1/1999/1 – EHCO 02 01 02 P, Konferenzdokument EUR/ICP/EHCO 02 02 05/8 vom 24. März 1999);
- nahmen die Erklärung von London an (Konferenzdokument EUR/ICP/EHCO 02 02 05/18 Rev.5 vom 18. Juni 1999);
- begrüßten und unterstützten die übrigen Arbeitspapiere und Hintergrunddokumente;
- erneuerten das Mandat des EEHC für weitere fünf Jahre;
- begrüßten die Beteiligung von NGOs an der Konferenz und an den Vorbereitungen auf die Konferenz und begrüßten ihre parallel abgehaltenes Forum Gesunder Planet;
- sprachen den führenden Ländern (Bulgarien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Slowenien, Ukraine, Ungarn und Vereinigtes Königreich) ihre Anerkennung aus für die Rolle, die diese Länder in den Konferenzvorbereitungen übernommen hatten;

- begrüßten und akzeptierten das Angebot von Ungarn, im Jahr 2004 Gastgeber der nächsten Konferenz *Umwelt und Gesundheit* zu sein;
- dankten der Regierung des Vereinigten Königreichs für ihre Gastfreundschaft und die hervorragende Ausrichtung der Konferenz.

Anhang 1

PROGRAMM DER DRITTEN MINISTERKONFERENZ UMWELT UND GESUNDHEIT

Mittwoch, 16. Juni 1999

- 10.00–11.00 Uhr Eröffnungssitzung
M. Meacher (Vereinigtes Königreich), Dr. J.E. Asvall (WHO), F. Dobson (Vereinigtes Königreich), Y. Berthelot (ECE), Professor K. Töpfer (UNEP), V. Elias (Eco-Accord), A. Fischer (Deutschland)
- 11.00–11.45 Uhr Umwelt und Gesundheit in Europa in den 90er Jahren: Sachstand
A. Yatssek (Ukraine), D. Beltrán (Europäische Umweltagentur), Dr. Z. Reiner (Kroatien), S. Auken (Dänemark), M. McPhail (European Public Health Alliance)
- 13.45–15.45 Uhr Verkehr, Umwelt und Gesundheit
Dr. M. Bartenstein (Österreich), Dr. E. Westheide (Deutschland), V. Galea (Malta), Dr. R. Alekna (Litauen), T. Zimmerman (Europäischer Verband für Verkehr und Umwelt), H. Rat (Internationaler Verband für Öffentliches Verkehrswesen), L. Bastard (European Automobile Manufacturers' Association), G. Hanreich (Europäische Kommission)
- 16.30–17.15 Uhr Frühzeitige Auswirkungen der Klimaänderung und des Abbaus der stratosphärischen Ozonschicht auf die menschliche Gesundheit in Europa
C. Clini (Italien), D. Gunnarsson (Island), Dr. P. Gantar (Slowenien), Professor A. McMichael (Interstaatliches Podium für Klimaänderung)
- 17.15–18.00 Uhr Umwelt und Gesundheit: Forschung für Europa
Professor Sir Kenneth Calman, Professor Laszlo Miklos (Slowakei), L. Respini (Dow Europe), R. Gerold (Europäische Kommission)

Donnerstag, 17. Juni 1999

- 09.00–09.45 Uhr Umwelt und Gesundheit aus wirtschaftlicher Sicht
D. Voynet (Frankreich), Dr. H. Nikogosian (Armenien), P. Hansen (Luxemburg), H. Lever (Europäischer Verband der Chemieindustrie), Dr. G. Silberschmidt (Internationale Gesellschaft von Ärzten für den Umweltschutz (ISDE)), T. Murphy (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
- 09.45–10.30 Uhr Gesundheits-, Umwelt- und Sicherheitsmanagement in der Industrie und in deren Unternehmen
Dr. J. Piatkiewicz (Polen), Dr. H. Kranich (Estland), W. Buschak (European Trade Union Congress), V. Jaksons (Lettland)
- 11.15–12.00 Uhr Die Gesundheit von Kindern und die Umwelt
B. Cowen (Irland), P. Robertson (USA), Dr. I. Zelenkevitch (Weißrußland), M.-L. Bistrup (Childwatch International)
- 12.00–12.45 Uhr Zugang zu Informationen, Öffentlichkeitsbeteiligung und Zugang zu Gerichten in Umwelt- und Gesundheitsangelegenheiten
Professor W. Kakebeeke (Niederlande), Dr. M. Kuzvart (Tschechische Republik), J. Hontelez (Europäisches Umweltbüro), Dr. G. Rayner (UK Public Health Association), J. Stritih (Regionales Umweltzentrum für Mittel- und Osteuropa)

- 15.00–17.00 Uhr Wasser und Gesundheit
Dr. A. Gógl (Ungarn), H. Micheev (Russische Föderation), O. Ataniyazova (Karakapak-Zentrum für nachhaltige Entwicklung), L. Kauppi (Finnland), J. Currie (Europäische Kommission), Dr. J. Goicoechea (Andorra), A. Norman (Severn Trent)
- 17.00–18.00 Uhr Unterzeichnungszereemonie für das Protokoll über Wasser und Gesundheit
Y. Berthelot (UN/ECE), Dr. J.E. Asvall (WHO), K. Bärlund (UN/ECE), Dr. G. Klein (WHO), P. Kohona (Vereinte Nationen)
- Freitag, 18. Juni 1999**
- 09.00–09.45 Uhr Lokale Prozesse für Maßnahmen im Bereich Umwelt und Gesundheit
E. Biaudet (Finnland), T. Alykulov (Kirgisistan), K. Regnér (International Federation of Environmental Health), Dr. I. Panopoulou (Griechenland), J. Al Reding (Projektvorbereitungsausschuß)
- 09.45–10.30 Uhr Partnerschaftliche Umsetzung von nationalen Aktionsplänen für Umwelt und Gesundheit
Professor P. Boyadjiev (Bulgarien), Professor T. Zeltner (Schweiz), A. Onisimova (Mama-86), Dr. A. Khabibullayev (Usbekistan)
- 11.15–12.15 Uhr „Partnerschaftliches Handeln“ – Podiumsdiskussion
N. Clarke (BBC), H. Nikogosian (Armenien), M. Meacher (Vereinigtes Königreich), Dr. J.E. Asvall (WHO), A. Onisimova (Mama-86), Dr. G. Silberschmidt (ISDE)
- 12.15–12.30 Uhr WHO-MedienpreisGESUNDHEIT 21
T. Jowell (Vereinigtes Königreich), Dr. F. Apfel (WHO), Dr. J.E. Asvall (WHO), V. Taylor Gee (WHO)
- 12.30–13.00 Uhr Abschlußsitzung
T. Jowell (Vereinigtes Königreich), Dr. J.E. Asvall (WHO), P. Flynn (Europäische Kommission), Y. Berthelot (UN/ECE), A. Fischer (Deutschland)